

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Hinsichtlich der Vollzugskrise des RPG kommt den gerichtlichen
Aktivitäten immer grössere Bedeutung zu**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Seitz, Werner

Bevorzugte Zitierweise

Seitz, Werner 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Hinsichtlich der Vollzugskrise des RPG kommt den gerichtlichen Aktivitäten immer grössere Bedeutung zu, 1985 - 1986*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Infrastruktur und Lebensraum	1
Raumplanung und Wohnungswesen	1
Raumplanung	1

Abkürzungsverzeichnis

RPG Raumplanungsgesetz

LAT Loi sur l'aménagement du territoire

Allgemeine Chronik

Infrastruktur und Lebensraum

Raumplanung und Wohnungswesen

Raumplanung

GERICHTSVERFAHREN
DATUM: 31.12.1985
WERNER SEITZ

Aufsehererregend und für eine konsequente Durchsetzung des RPG von Bedeutung war der **Bundesgerichtsentscheid betreffend einen widerrechtlich ausserhalb der Bauzone erstellten Landsitz** in Gontenschwil (AG). **Das Bundesgericht stützte einstimmig die Verfügung** des aargauischen Regierungsrates, **wonach das Gebäude wieder abgerissen werden muss**. Die Opposition in der Bevölkerung gegen die zunehmende «Verbetonierung der Landschaft» verzeichnete mit zwei gutgeheissenen Volksinitiativen Erfolge. Der Souverän des Kantons Schwyz stimmte der Initiative «für die Erhaltung unserer Schwyzer Landschaften» zu und belegte damit sämtliche Gebiete ausserhalb der Bauzone mit einem sofortigen Baustopp. Mit der Annahme der sogenannten Patumbah-Initiative sprachen sich die Stadtzürcher Stimmbürger für die Zuweisung einer Liegenschaft mit grosser Grünfläche in die Freihaltezone aus und verhinderten so den Bau einer geplanten Alterssiedlung auf diesem Gebiet. Andere Volksinitiativen fanden in Abstimmungen keine Mehrheit. So lehnte etwa der Souverän von Baselstadt gegen die Empfehlung der Heimatschutzorganisationen die Erhaltung der Opéra-Bauten ab und genehmigte damit indirekt eine geplante Neuüberbauung. In der Stadt Zürich wurde die «Kasernen-Initiative» der SP, welche mit einem Gestaltungsplan die Gebäulichkeiten des Kasernenareals erhalten und der öffentlichen Nutzung zuführen wollte, abgelehnt. Die Zustimmung verweigerten die Stadtzürcher auch einer Zonenplanänderung, die die gesamten Baureserven der Stadt in die Freihaltezone übertragen wollte; über diese Änderung musste abgestimmt werden, weil 1983 die Initiative der Nationalen Aktion (NA) «für die Erhaltung der öffentlichen Grünflächen» in einer Volksabstimmung angenommen worden war.¹

GERICHTSVERFAHREN
DATUM: 31.12.1986
WERNER SEITZ

Hinsichtlich der Vollzugskrise des RPG kommt den gerichtlichen Aktivitäten immer grössere Bedeutung zu. Das Bundesgericht zeigte sich zurückhaltend bei Entschädigungsforderungen von Grundeigentümern, die sich durch die Ortsplanung materiell enteignet fühlten, und unterstützte auch sonst Kantons- und Gemeindeexekutiven bei der konsequenten Durchsetzung des RPG.²

1) (1985) Aktuelles Bauen; AT, 9.5.85; 25.5.85; 29.11.85; NZZ, 1.11.85; 24.12.85; Vät., 23.9.85; TA, 1.3.85; 30.5.85; 6.9.85; 9.9.85; 14.9.85; 19.9.85; Zürcher Presse vom 11.3.85; 10.6.85; 23.9.85; NZZ, 29.5.85; 13.6.85; 12.9.85; 17.9.85; Vr, 6.9.85; Ww, 37, 12.9.85; BaZ, 10.5.85; 18.11.85; 26.11.85; 29.11.85; 2.12.85; U. Beeler (1984) Die widerrechtliche Baute
2) H. Hess / H. Weibel (1986) Das Enteignungsrecht des Bundes; LNN, 11.7.86; Vät., 11.7.86; 15.10.86; 25.11.86.; Schweiz. Vereinigung für Landesplanung (1986) Brennende Fragen zum Thema Ortsplanung, Baubewilligungspraxis und Umweltschutz